

Aufrüstung frisst Sozialstaat

Seit Monaten hetzt unser Finanzminister und seine Partei über angeblich zu üppig dimensionierte Bürgergeld-Sätze und zu lasche Kontrollen seitens der Jobcenter. Diese Art Stimmungsmache ist, auch wenn inhaltlich vielfach widerlegt, derzeit groß in Mode. Und schafft, so die Hoffnung der Urheber, die nötige öffentliche Stimmung, um Kürzungen bei den sozialen Leistungen durchsetzen.

Und in der Tat hat die Bundesregierung diesbezüglich einiges an Grausamkeiten vor. Um den Haushalt für 2025 klar zu machen, will sie ausgerechnet bei Menschen mit wenig Geld sparen. So soll das Bürgergeld-Gesetz verschärft werden, etwa durch höhere Sanktionen bei verpassten Terminen und bei abgelehnten Arbeitsangeboten. Eigenes Vermögen soll früher angerechnet, nicht angegebene Arbeit härter bestraft werden. Über diese und weitere Maßnahmen soll die Zahl der Bürgergeld-Bezieher bis Ende 2025 um sagenhafte 880.000 Menschen gesenkt werden, was dem Bund eine Ersparnis von 5,3 Mrd. € einbringen würde.

Ferner sollen bereits zugesagte Zuschüsse zur Rentenversicherung erneut gekürzt und die Gelder für Flüchtlings- und Migrationsberatung drastisch zusammengestrichen werden. Auch im Asylbewerberleistungsbereich wird aktuell einiges an Kürzungen angedroht.

Aber es regt sich erster Widerstand. In München wirbt ver.di für eine Demo unter der Parole „SOZIALES rauf – RÜSTUNG runter“. Und auch in Dortmund gab es kürzlich ein erstes Treffen von Gewerkschaften und sozialen Initiativen.

Noch vor einem Jahr konnten wir uns trefflich über Einschätzungen zum Krieg in der Ukraine streiten, ohne dabei alle Konsequenzen bedenken zu müssen. Doch mittlerweile ist jedermann klar: Krieg will auch bezahlt werden. Und da die Puffer im Bundeshaushalt weitgehend aufgebraucht sind, gehen Mehrausgaben für Rüstung und Munition nur zulasten anderer Aufgaben.

Problem No. 1: Das Versprechen des Kanzlers an die Nato, ab jetzt mindestens 2 % des deutschen Inlandsprodukts in die Verteidigung zu stecken. Zwei Prozent des BIP bedeuten eine Aufstockung des Verteidigungsetats um mindestens 40 Mrd. € jährlich, auf 80-90 Mrd. € - fast eine Verdoppelung gegenüber dem Etat von 2020. Woher nehmen?

Problem No. 2: die pauschale Unterstützungszusage unserer Regierung gegenüber der Ukraine („solange, wie nötig“).

Weil der Finanzminister Veränderungen an der Schuldenbremse oder auch Steuererhöhungen kategorisch ausschließt, hat er seine Kabinettskollegen aufgefordert, Einsparvorschläge vorzulegen. Der Haushalt des Bundesarbeitsministeriums, größter Einzeletat im Haushalt, ist ihm dabei ganz besonders ein Dorn im Auge. Schon im Frühjahr hatte er für ein dreijähriges „Sozialmoratorium“ plädiert. Was in der Praxis bedeuten würde, dass sämtliche Sozialausgaben eingefroren würden – gleichgültig, wie sich Preise und Mieten auch immer entwickeln.

Deshalb die aktuelle Hetze von FDP und CDU gegen angeblich hunderttausendfachen Missbrauch von Sozialleistungen. Auch die Messerattacke in Solingen kam Lindner offenbar gerade recht. Die Trauerreden um die Opfer waren kaum verklungen, da meldete er sich mit neuen Sparvorschlägen zu Worte, diesmal zur Senkung der Leistungen nach AsylbLG. Der „Magnetismus des deutschen Sozialstaats“ müsse endlich „abgeschaltet“ werden.

Das alles ist brandgefährliche Demagogie und wird auf dem Rücken der Schwächsten ausge tragen.

In unseren Augen sind die Aufrüstungspläne und der Kriegskurs der Ampel jedoch alles andere als selbstverständlich. Und wir sind alarmiert: Der geplante Anstieg des Wehretats um 1,5 Mrd. € im kommenden Jahr ist demnach erst der – bescheidene - Anfang. Da die 100 Milliarden aus dem

„Sondervermögen“ in wenigen Jahren aufgebraucht sein werden, müssen die zugesagten 2 % spätestens 2028 komplett aus dem laufenden Haushalt des Bundes gestemmt werden, so heißt es. Jeder, der eins und eins zusammenzählen kann, kann sich ausrechnen: Die geplante Aufstockung des Wehretats wird ohne weitere Zumutungen nicht abgehen.

Schonen will die Regierung hingegen die Reichen. Dabei bestände die reelle Möglichkeit, die staatlichen Einnahmen durch eine Wiedererhebung der Vermögenssteuer beträchtlich aufzustocken. Ihre Aussetzung im Jahr 1996 hat die öffentlichen Haushalte laut Oxfam bisher 380 Milliarden Euro an Mindereinnahmen gekostet. Eine Summe, mit der die Regierung das „Sondervermögen Bundeswehr“ fast 4x hätte finanzieren können, ohne auch nur einen Cent an Schulden aufnehmen zu müssen.

Wieso die beiden anderen Regierungsparteien bei dieser Politik mitmachen, bleibt uns ein Rätsel. Doch ohne uns! Eure Kanonen machen uns nicht satt! Es ist wichtig, in den nächsten Wochen öffentlichen Protest gegen die Kürzungspläne zu organisieren, um wenigstens das Schlimmste zu verhindern. Noch ist nichts beschlossen.

Sozialforum Dortmund, Sept. 2024